Erscheint alle 14 Tage. Biertelj. Bezugspreis 1,50 Mk. Zu beziehen im Verlag "Die Eiche", Berlin NO 55, Greifswalber

Strake 222.

# Die Eiche

Unzeigen für die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg. Urbeitsmarkt 15 Pfg. Ortsvereinsanzeigen 10 Pfg.

# Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.D.)

Nr. 45/46

Berlin, den 13. November 1931

42. Jahrg.

Fernsprechamt Alegander 4719 Alle Zuschriften für "Die Eiche" an P. Bolkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbilro des Gewerkvereins bestimmte Postsachen sind zu adresse n: Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumauger, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postscheckk. 39321 beim Postscheckamt Berlin NO 7

Fernsprechamt Alexander 4719

## Einkehr.

Um 18. November ist der gesehliche Bußtag für Rordbeutschland, der sich jedoch im allgemeinen über gang Deutschland zur inneren Gintehr gestallet. Der innerlich geistig gefestigte Mensch bebarf weniger ber äußeren Formen, er wird sich täglich über sein Tun und Handeln Nechenschaft ablegen. Der Tag ist aber besonders geeignet, ber vielen Millionen von Männern und Jüng-Tingen zu gedenken, die Leben und Gesundheit in den langen Jahren bes Weltkrieges gelaffen haben. Millionen von Angehörigen werden an diesem Tage ber Ernährer und der hoffnungsvollen Jugend gebenken, die in der Blate ihrer Jahre, im besten Mannesalter ihr Leben gelaffen und nun in fremder Erde ruben. Wehmiltig bliden wir auf die Schar der Berletten, auf die Siechen und Kranken, besonders auf diejenigen, die ihr Augenlicht verloren, und bligartig leuchlet es vor uns auf, daß fold gewaltiges Völkermorden unter Kulturmenschen nicht mehr eintreten darf. Im Geiste sehen wir aus den Gräbern, aus ben Hütten Millionen von anklagenden Händen sich erheben, die deutlich darauf hinweisen, daß trot der Millionenopfer von Menschen immer noch keine Sicherheiten geschaffen sind, um solch entsehliches Bölkermorden zu verhüten. Wir feben im fernen Often zwischen China und Iapan trop des Bölkerbundes die Brandfadel bes Krieges erneut emporlodern, Tausende von blühenden Menschenleben sind bereits wieder vernichtet worden. Sollen diese Borkommnisse nicht eine ernste Mahnung

Es erwedt beinahe den Anschein, als ob wir nicht einem Weltfrieben, sondern einem Meltfriege wiederum enigegen gehen. Solange der Aufrüstung nicht Einhalt geboten wird, kann man von einer Beseitigung der Kriegsgefahr nicht reden. Durch den Berfailler Berfrag hat man zwar Deutschland entwaffnet, glaubt jedoch in ben sogenannten Siegerländern von einer allgemeinen Abrüstung Abstand nehmen zu müssen. Iwölf Jahre sind. in das Land gegangen, daß in der Mantelnote der Allierten vom 16. Juni 1919 feierlich erklärt wurde. die Abrüstung Deutschlands habe nicht nur den einseitigen 3wed, Deutschland zu entwaffnen, sondern folle Berwirklichung der allgemeinen Herabsehung der Rüstungen erleichtern und beschleunigen, die Alliierten batten die 216sicht, sofori Berhandlungen mit dem Ziel der Annahme des Plans, eine allgemeine Herabsezung der Rüftungen zu eröffnen. Die Bedingungen über die Abrüftung Deutschlands wären gleichzeitig ein erster Schritt zur allgemeinen herabsetzung und Begrenzung der Ruftungen die eines der besten Mittel gur Kriegsverhütung seien und zu den ersten Aufgaben des Bölkerbundes gehören würden.

Deutschland hat demnach unbezweiselbaren Rechtsanspruch auf allgemeine Abrüstung. Die Abrüstung ist eine Berpflichtung sämtlicher Bölkerbundsmitglieder. Im Bölkerbund, als eine Friedensorganisation freier gleichberechtigter Bölker, können auf die Dauer nicht Nationen zweierlei Rechts bestehen. Die Abrüstung kann deshalb nur allgemein oder gar nicht sein. Der Zustand der Rechtsungleichheit hinsichtlich der Rüstungen, nämlich, daß abgerüstete und hochgerüstete Bölker nebeneinander leben, ist mit dem Grundprinzip der Rechtsgleichheit der Bölkerbundsmitglieder nicht vereinbar.

Unser Recht auf allgemeine Abrüsung und die moralische und juristische Berpslichtung der anderen Mächte zur Abrüstung wird auch von der Gegenseite nicht gesteugnet. Führende Politiker unserer ehemaligen Kriegszegener haben die moralische und juristische Berpslichtung zu allgemeiner Abrüstung immer wieder anersannt, so unter anderen der srühere englische Außenminister Heusen der soßen Abrüstungskundgebung der Internationalen Franentiga in London am 9. 2. 1931 jolgendermaßen äußerte:

glied des Bölkerbuches duch Gesch und Ehre zur Alle ulftung verpflichtel sind. Inderdies muffen wir daran benken, daß der Bertrag, der diese feierliche Berpflichtung enthält, berselbe Bertrag ist, durch den die wirksame Abrüstung anderer Nationen sichergestellt wurde. Wir alle wissen daher, daß die gegenwärtige Situation nicht desinitiv fortbestehen kann."

Damit ist die Verpflichtung der allgemeinen Abrüstung anerkannt, aber der Anerkennung milssen auch die Taten solgen. Neichstanzler Dr. Brüning ihat dieser Tatsache im Reichstag am 16. Oktober 1930 solgendermaßen Ausbruck gegeben:

auf das tiesste erregt, ist die Tatsache, daß nach der ersten schweren Entdäuschung über die Nichtinnehaltung der Wilson-Punkte jetzt nicht einmal die Bestimmungen des Bersailler Bertrages, die zu unsern Sunsten sprechen, von der Segenseite eingehalten werden. Das uns gegebene Wort, daß der erzwungenen Abrüstung Tentschlands die freiwillige Abrüstung der anderen Länder solgen werde, ist disher nicht der Berwirklichung näher gebracht worden. Biele Länder setzen die Küstungen sort unter Nichtachtung der Berträge und unter Sesährstung der Sicherheit und des Friedens der Well. Das ist ein unhaltbarer Zustand."

Der Neichskanzler hat Necht, das ist ein unhaltsbarer Justand, der Frieden der Welt ist dis auf das äußerste gesährdet, solange unsere Nachbarländer in Wassen starren. Im Februar nächsten Jahres soll nun nach langer Zeit die allgemeine Abrüstungskonferenz tagen, hier heißt es Farbe bekennen, der Worte sind genug gewechselt, wir haben das Necht, wahrhaste Taten der Abrüstung zu verlangen.

Der Ruf nach Abrüftung darf nicht mehr verstummen, das Weltgewissen muß wach gerusen werden, uns erscheint der Bußtag besonders dazu geeignet, in alle Welt hinauszurosaunen, daß die Millionen Kriegsopser ein heiliges Anrecht darauf haben, zu sordern, daß dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird, daß der wahrhafte Völkerfriede endlich in die Erscheinung tritt.

Wir als Gewerkvereine, als Arbeiterorganisation haben ein besonderes Interesse an dieser Frage. Als Friedensfreunde haben wir in der Borkriegszeit zur Berhinderung von Kriegen internationale Unknüpfungspunkte gesucht, wir erinnern nur an die gewaltige Kundgebung ber bentschen Gewerkvereine vom Jahre 1914 in Berlin, wo furz vor Ausbruch des Weltkrieges denische und englische Friedensfreunde für den Weltfrieden eintraten. Die Taksacke, daß es uns nicht gelungen ist, den Weltfrieg zu verhindern, darf uns in keiner Weise entmutigen, die Ceheimbirlomatie und der Militarismus hüben und drüben war eben stärker, als der gegenseitige aufrichtige Friedenswille der Arbeituehmer. Dieje Riederlage muß ein Ansporn zum weiteren Kampse sein. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist reich an Niederlagen, aber auch an Erfolgen. So wollen wir auch an dem Tage des Bußtags, der Einkehr, wo Millionen von Menschen zu den Gräbern ihrer Lieben eilen, wo im stillen Rammerlein Betrachlungen über das Bergangene angestellt werden, wo die Seichide des deutschen Volkes in einem granen Rebel verhüllt sind, und nicht der Trauer überlassen. Im gläubigen Selbstvertrauen auf den inneren Wert des Menichen, getragen von der Erkenntnis der eigenen Kraft, wollen wir erneut unsere mahnende Stimme für den Weitsrieden erheben und uns geloben, der Aufklärungsarbeit erhöhle Augmerksamkeit zu schenken. Wir wenden uns besonders an die Jugend, den Glauben un die Gerechtigkeit nicht zu verlieren. Wenn augenblid= lich die Zukunst auch grau in geau erscheint, so wollen wir erinnern, daß auch die alten Beteranen der Arbeit einen fländig aufreibenden Kampf um die Freiheit geführt haben.

Mit dem Stürmungsdrang der Jugend, vereint mit den Ersahrungen des reisen Alters, wollen wir Schulter an Schulter, gemeiniam den Kampf führen, für die Freiheit des Bolkes, für das Selbstbestimmungsrecht, sür den Völkerfrieden.

## Der kampf um die Macht.

"Die Macht des Daierlandes und Cachtigkeit und Freiheit aller arbeitenden Staatsbürger in Stadt und Land find die Bielpunkte unferer Politik."

St. Naumann.

Obige Säge sind von einem Manne geprägt, der in Wahrheit das Zeug in sich halte, einen gewissen Ausgleich der Gegensäße herbeizusühren. Wer heute in seinen Schriften herumstöbert, der sindet immer wieder Gesdanken der ausgleichenden Elemente und eine Achtung vor seinen politischen oder wirtschaftlichen Gegnern. Das wirkt angesichts der krassen Gegensäße, die sich in dieser wirtschaftlichen Not besonders stark bemerkdar machen, um so wohltuender.

Wirst man heute einen Blick in die Tagespresse, dann wird man sosort gewahr, daß sich unter dem Schlag-wort Opposition nur nackte Interessenkämpse verbergen. Der politische Kamps hat Formen angenommen, die mit einem geistigen Kamps nichts mehr gemein haben, eine politische und wirtschaftliche Brunnenvergistung hat Platzgegrissen, die kaum noch überboten werden kann, der Kamps um die Machtstellung macht sich überall in ershöhtem Ausmaße bemerkar.

Die Areise, die in der Borkriegszeit den Massen, ihren Willen ausgezwungen haben, können es nicht fassen, daß das Bolk hellhörig geworden ist, sie können nicht begreisen, daß durch den Arieg eine Umstellung Platz gegrissen hat, die nicht mehr auszuhalten ist. Aus dem Industrieuntertan, ist der Industriebürger geworden, der mit vollem Necht die Forderung der Gleichberechtigung erhebt. Die Areise haben vergessen, daß bei Ausbruch des Krieges der Ausspruch siel: "Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur noch Deutsche". Man hat offenbar überschen, daß von der Parlamentsbühne des Reichstages seitens des damaligen Reichskanzler die Gewerkschaften als dringende Rolwendigkeit bezeichnet wurden. Oder sollten das alles nur Worte sein, um die Massen bester als Kanonensutter gebrauchen zu können?

Die organisierte Arbeitnehmerschaft ift nie jo naiv gewesen, die Worte als bare Münze anzusehen, sie war sich siets ihrer Berantwortung voll und gang bewußt, ihr Ziel war der kulturelle Ausschwung der Arbeitnehmer. Die Gewerk chaiten aller Richtungen haben nicht umsonft Millionen von Mark für Bildungszwede geopfert, fie waren fich deifen bewußt, daß mit bem Biel der Gleichverechtigung auch eine geistige Bildung verbunden war, Die Führer wußten meist aus Ersahrung, daß sich ichon in den Volksichulen eine Zurückbrängung der gei= stigen Begabung der Kinder von Arbeitnehmern bemerkbar mochte, gang abgesehen davon, daß die höheren Schulen für diese Kreise völlig verschlossen waren. Mit ernster Sorge und tiefem Ingrimm nußte man die mangelhacte Musbildung auf dem Lande beobachten, immer wieder verkanden es die Kreije, die damals die Regien rungsgewalt in Sänden halten, die Schulgesets zu ums gehen. Man konnte damit wohl den allgemeinen Aufstieg verhindern, aber gegen das Zelbsistudium so unge= zählter sträfte kämpfie man vergeblich an.

So enwidelte fich trop aller Hemmnife eine Schicht. die in ständiger Buspoärtsentwicklung Einblick in die wichligken Probleme der Weltwirtschaft erhielten und im siande waren, die politischen und wirtschaftl. Tagesfragen zu beherrichen. Aus diesen emporstrebenden Schickten entstanden die Führer. Es war nur eine logische Folgerung, daß diese geistigen Kräfte von den Alltagsforgen befreit, die Unabhängigkeit gewehrt und der weiteren geistigen Entwicklung immer mehr Spielraum geschaffen wurde. Es kami nun gerade nicht behanptet werden daß dieser einzeichlagene Weg mit Rosen gebettet war, im Gegenteil, es war ein überaus dornenvoller Bfad, der beidnitten werden mußte, ungählige Hindernisse waren zu überwinden. Der Erfolg dieser milhevollen Arbeit ist nicht ausgebrieben, ohne lleberhebens, aver mit stolzer Genugtung können wir auf das jahrzehnle lange Werk der Celbsterziehung gurudbiden, die Arbei nehmerorganisationen bilden heute eine Macht, an der weder die Labeitgeberverbände, die Regierung oder die breite Deffentlichkeit adillos vorübergeben können. 3mar ift Krieg.

Inflation und diese langandauernde schwere Wirtschafts. frise auch an diesem Gebände nicht spurlos vorübergegangen; es gibt fogar Leule, die naiv genug find, zu glauben, daß jeht der Zeitpunkt gekommen fei, die Macht der Gewerkichaften zu brechen; an dementsprechenden Versuchen hat es wahrlich nicht gesehlt, es gibt sogar Leute, die in Gedanken schon die Röpfe der Gewerkschaftsführer rollen sehen. Man soll sich nur keiner Täufdung hingeben, ein Werk, das in jahrzehntelanger göber, zielbewußter Unibanarbeit geschaffen, kann wohl gejewächt, aber nie beseitigt werden. Zeugt es nicht von einer gestunden Grundlage, daß in einer Zeit, da Banken fraden, Währungen erschüttert werden, gewaltige Betriebsichtießungen erfolgen, bas durch Solibarität bejestigte Gebäude als sicherer Hort der Arbeitnehmer dasteht. Es ist nicht eitler Machthunger, der die Arbeitnetmer veranlaßt, das ftolze Bollwerk mit alten Kräften zu verteidigen und hochzuhalten, es ist lediglich die Zeibsterhaltung, die die Arbeilnehmer zu diesem Vorgehen treibt.

Das Bolk hat nicht umsonst die sahrelange Not und Entbebrung getragen, will nicht umsonst die blutigen Orier gebracht haben, es verlangt keine besonderen Subspationen, wie sie leider Kriegsgewinnlern gewährt worden imb. das Bolk verlangt nur die durch die demokratische Bersaliung zu gewährleistende politische und wirtschaftliche Cleichbereuntigung, wir wollen und nicht wieder zum Staatsbürger 2. Klasse der Borkriegszeit degradieren lassen.

In dieser Zeit der schweren Rot find besonders Bräfte aus den sogenannten "nationalen" Kreisen am Werke, Die nach wie vor auf die Dummheit der Massen spekulieren und frästig das rote Inch schwenken, um die Meniden vor der roten Gefahr grufelich zu machen. bei deukenden Menschen kann das nicht verfangen, die Erfahrung ist bekanntlich der beste Lehrmeister. Gerade wir ats Gewerkvereiner, denen als politisch unabhängige Organisation nicht nachgesagt werden kann, daß wir von der Enzigldemofretie und den damit verbundenen freien Gewerkid aften besonders geimpflich behandelt worden find, find Priffide Zeugen dafür, daß man unter der Klagge der Bekäninsung des Marxismus in Wirklichkeit die Entrechtung famtlicher Arbeitnehmer in Stadt und Land betreibt. Gin Bismard verband fich mit Laffalle, um den ihm damals so verhaßten Liberalismus zu unterbruden. Bur Unterbrudung ber Sozialbemokratie murben Ausnahmegeieße geschaffen, in Wirklichkeit konnten in der Beit die politisch neutralen Gewerkvereine ohne Anweienheit der volizeilichen Pidelhaube taum eine Bersammlung abnatten. Die politische Entrechtung durch Edjaffung eines Abgeordneten- und Herrenhaufes richtele fich nicht nur gegen die sozialbemokratische Bevolkerung, sondern gegen die gesamte Arbeitnehmerschaft. Arüber wie heute sucht das Kapital die wirtschaftliche wie volitische Macht an sich zu reißen. Es ist in erster Linie die Edwerindustrie, die nach wie vor nicht gewillt ift, sich mit Gewerkichaftssührern an den Berhandlungstifch ju fepen. Das Betrieberätegeset, eine urfprüngliche Forderung der deutschen Gewerkvereine, wie sie in den Musterstatuten zum Ausdruck kommt, wird als sozialdemokratisches Machwerk bezeichnet, lediglich aus dem Grunde, da durch das Gejeg den Arbeitnehmern ein gewisses Mitbestimnungsrecht gewährt wird. Dies ift auch ber Hauvigrund für die Entfesselung des Kampfes der Unternehmer gegen die Tarifvertragverlräge, sowie die Berbindlichkeitserklärung und die Unabdingbarfeit derfelben. Dasfelbe gilt für bie Berirummerung der Gewerkichaften.

Diefer Kampf der Unternehmer gegen die Ginrichtungen der Gewerkichaften nimmt immer icharjere Formen an, beifen Ausgangspunkt nicht mehr zweiselhaft ericheinen fann. Der Marmruf ber Unternehmer gur Unterdrudung ber Maifen, murde gleichzeitig ein Cammeiruf aller makgebenden Arbeitnehmerorganisationen, denen fic aud die Beamtenverbande anschlossen. Go ficht ben reaktionaren Arbeitgeberverbanben eine geeinte entigloffene, ju jeder Abwehr bereite Arbeitnehmerfront gegenüber. Dieje Front kann auch durch die Söldlinge ber Uniernehmer nicht ericuttert werden, auch die links= radifal geridneren Absolitterungen fonnen einen nennenswerten Ginflus nicht ausiben. Die gelbe Gumbipflanze der Bertriegszeit mußte mabrend des Arieges vertrodnen, Da Die Gelogueilen der Unternehmer, die zur Ernabrung Dienten, versiegt maren. Auch die Revolutionsgeit mar fur biefe Pflange fein Rahrboben, man tonnie ivgar berbacken wie fich die gelbe Farbe in blutig rot verwandene. Wihrend diefer Krifenjahre icheinen die Unternehmer wieder gu der Ueberzeugung gelangt zu fein bag ich bit Ernahrung der gelben Gumpfpflanze withet betteben, wie die rollifichen Wahlen feit Geprimber im gegeigt haben. Durch die neue Aufräppelung Die Blein Gewäckles hoben die betreffend. Unternehmer ben einers erbracht, baf fie das Patent gur Führung ber aufaufe nicht in fich tragen, daß fie auch gar nur mille int. Die demiche Wirtichaft anzufurbeln, Das bei eine Beftreben barauf hinausläuft, durch Erabeitung bei Geliefichen und wirtichaftlichen Macht. on, einem Ontereffentoritit ju führen. Ilm diefes Biel in deriffen mits fest eine politische Brunnenvergif. tur- leitelben, lie an Die reaftionarften Zeiten erinnen daute, benen des Wohl des deutschen Bolles am Ber a und merten fiene befrebt fein, burch geiftige auf gene bie Wege ju fuchen. Die zur Gefundung ber - wiese ledten winn man wun dazu übergeht, die There in viegiften, gewolitätige Menichen vor den politischen Wagen zu spannen, bann tritt das Ziel einer Gewaltpolitik, einer reaktionären Diktatur zu kier in die Erscheimung.

Das Borgehen dieser Kreise hat die organisierte Arbeitnehmerschaft auf den Plan gerusen, dieselbe wird den Machtgeltisten dieser Kreise den ganz entschiedenen Widerstand entgegen sehen, sie wird sich ihre versassungsmäßigen Rechte nicht nehmen lassen. Das Wohl des Batersondes und die Freiheit aller arbeitenden Staatsblirger in Stadt und Land wird von der organisierten Arbeitnehmerschaft mit allen Mitteln verteidigt werden.

## Steigende Wirtschaftskrife durch Lohnsenkung.

Die ersten Schneefloden sind gefallen, ein leichter Frost macht sich bemerkbar. Das sind Anzeichen des nahenden Winters, dem in diesem Jahre mit besonders ernster Sorge entgegen gesehen wird. Die Jahl der Arbeitslosen nimmt immer größeren Umfang an, die allgemeine Krise spickt sich weiter zu. Plünderungen von Lebensmittelgeschäften, Raubübersälle sind an der Tages-ordnung.

Man sollte nun annehmen, daß diese Ausbrüche von Berzweiflung auch den Kreisen Anlaß zum Nachdenken geben sollten, die immer wieder die Parole des Lohnund Sehaltsabbaucs herausgeben. Diese Leute wollen nicht begreisen, daß durch das Sinken der Löhne und Sehälter ein bedenkliches Sinken der Kauskrast und damit eine Verschärfung der Wirtschaftskrise verbunden ist.

Das erste Halbjahr 1931 hatte auf wichtigen Gestieten der Weltwirtschaft einige Anzeichen einer Besserung der Konjunktur gebracht. Die Kredits und Währungskrise der letzten Monate, die in Mitteleuropa ihren Ausgang nahm und jetzt selbst die Bereinigten Staaten in ihren Strudel gerissen hat, hat alle Besserungstenstenzen erstickt. Nachdem nun auch Frankreich die Wirskungen der Krise heftig zu spüren bekommen hat, ist die industrielle Produktion der Welt weiter gesunken. Ueber die jüngste Entwicklung in Deutschland trifft das Insstitut für Konjunktursorschung solgende Feststellungen:

"Die industrielle Warenerzeugung ist in den letzten Monaten erneut zurückgegangen. Die Indezzisser der Produktion wichtiger Industriezweige (1928 gleich 100) sank von 76,3 im April auf 68,1 im August 1931. Damit ist die Produktionszunahme im ersten Iahresviertel wieder völlig verloren gegangen. Die Produktion hält sich gegenwärtig unter dem in der Krise 1925—26 erreichten Tiespunkt, sie entspricht etwa dem Umsang der Warenerzeugung in den Iahren 1922 und 1924. Gemessen an der Vorkriegszeit werden gegenwärtig etwa 30 Prozent weniger Waren produziert als im Jahre 1913 (ehemaliges Reichsgediet); die Industrieproduktion ist gegenwärtig ungefähr so groß wie um die Iahrhundertwende (1900 bis 1903)!

Danach ist also die industrielle Produktion in Deutschland auf den tiefsten Stand seit der Stabilisierung der Mark gesunken.

Im einzelnen zeigt sich, daß dieser Rückgang der Produktion vor allem durch die Abwärtsbewegung bei den
Produktionsgüterindustrien verursacht ist; ihr Index sank
von 78,8 im August 1930 auf 63,4 im August 1931.
Stark zurückgegangen ist die Erzeugung der Schwerindustrie, des Maschinenbaus, der Baustossinduskrien. Dagegen ist der Index der Berbrauchsgüterinduskrien nur
von 80,9 im August 1930 auf 76,3 im August 1931
gesunken und liegt immer noch etwa 20 Prozent höher
als in der Krise des Jahres 1926. Die Textilproduktion ist gegenüber dem Borjahr kaum, die Schuhproduktion
um etwa 10 Prozent zurückgegangen.

Diese Feststellungen zwingen wieder zu dem Schluß, daß eine allgemeine Besserung erst dann eintreten wird, wenn die Berbrauchsgüterindustrien zu neuen Investitionen von Produktivmitteln schreiten können, d. h. wenn die Rachstage nach Konsumgütern erheblich gesteigert wird. Dazu aber ist eine Umstellung der Wirtschaftspolitik auf Stärkung der Kaustrast unerläßlich. Hier erwächst dem neuen Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung eine dankbare Aufgabe, möge sich in diesem Gremium die Erkenntnis durchringen, daß dieser Weg beschristen werden muß.

Wie sehr sich der Kaustrastschwund durch Abbau von Löhnen, Gehältern und Unterstützungen und durch zunehmende Arbeitslosigkeit auswirkt, zeigen die Zissern sür die Erzeugung von Nahrungs- und Gemusmisteln. Während in den Jahren 1928 dis 1930 in diesem Industriezweig kaum eine konjunkturelle Berschlechterung sestzustellen war, weil der Konsum an Nahrungsmitteln am wenigsten eingeschränkt werden kaun, ist der Inder sür die Erzeugung von Nahrungs- und Gemusmitteln von 102,4 im Juli 1930 auf 96,3 im Juni 1931 gesiunken, ein deutliches Elendszeugnis für Leutschland. Inzwischen dürste ein weiterer Rückgang eingetreten sein.

Für die Beurteilung der industriellen Produktion der Welt hat das Konjunkturinstitut die Produktionsmarktsissern von zehn wichtigen Ländern zu einem Inder der industriellen Weltproduktion zusammengesaßt. Diese zehn Länder umsassen etwa 77 Prozent der gesamten industriellen Produktion der Welt. Der Index, dei dem die durchschnittliche Produktion des Iahres 1928 gleich 100 gesetzt ist, zeigt ein Ansteigen der Weltproduktion von 86,8 im April 1926 auf 112,1 im Juli 1929; die Juli 1931 ist der Index auf 82,7 abgesunken. Die insdustrielle Warenerzeugung der Welt hat sich also seit

ihrem Höchststande im Juli 1929 bis Mitte 1931 vermindert. Der Produktionsumfang der Welt ist zur Zeit mur 10 bis 12 Prozent höher als in der Borkriegszeit.

Der Kildschlag in der gegenwärtigen Krise ist wesentlich schärfer als in der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1920—21, so daß seht zwei Tristel des Produktionszuwachses in den zehn Nachkriegssahren wieder verloren gegangen sind. Besserungstendenzen sind zur Zeit auch in der Weltwirtschaft noch nirgends sichtbar.

Diese Feststellungen bes Konjunkturinftituts find überaus aufschlugreich, wird doch mit aller Deutlichkeit ber Beweis erbracht, daß durch die Drossellung der Kauffrafi in Form der Senkung der Löhne und Gehälter eine Verschärfung der Krise eintreten muß. Trok allebem macht sich besonders in Deutschland eine erneute Loknabbauwelle auf der ganzen Linie bemerkbar, die Unternehmer erbliden nach wie vor in diesem Borgehen den einzigen Weg zur Beseitigung der Krise. In diesem Zusammenhange sei auf das englische Gutachten, einem Bericht ber englischen Regierungskommission, hingewiesen, bas sich auch mit der Frage der Lohnsenkung zur Ueberwindung der Krise beschäftigt. Unter ben Unterzeichnern bes Guiachtens befindet sich auch der weltbekannte Sachbersteindige Mc. Kenna und der wellberühmte Nationalökonom Rennes.

Mit Nachdruck wird in dem Gulachten betont, daß die seit 1925 erfolgten Lohnsteigerungen, soweit sie in der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Produktion und der verbilligten Rohstossbeschaffung vom Ausland begründet sind, ihre vollkommene Berechtigung haben und für die Arbeitslosigkeit nicht verantwortlich gemacht werden können.

Die weiteren Teile des Gutachtens sind als eine Bestätigung der Auffassungen, die in Deutschland im allgemeinen als die gewerkschaftliche Theorie süber die volkswirtschaftliche Funktion der Massenkusskreit bezeichnet werden, anzusehen, zum andern die Gesahren, die sich aus einem Lohndruck zum Iwecke der Aussuhrförderung ergeben können, wenn das Auskand dem Beispiele folgt und ebenfalls zur Lohnsenkung schreitet, wodurch der zeitweilige Vorsprung auf dem Weltmarkt versschwindet.

Besonderes Interesse des Gulachtens verdienen die nachsolgenden Ausführungen:

"Es ist 'nicht möglich, im voraus zu berechnen, welche Zunahme der Beschäftigung von einer allgemeinen Lohnsenkung erwartet werden kann. Indessen müßten die Erwartungen so mancher Leule schwer enttäuscht werden. Von der Tatsache, daß dem einzelnen Unternehmer aus der Senkung der Löhne, die er felbst zu zahlen hat, zweisellos Borieile erwachsen, werden häufig Kehlschlusse gezogen. Der einzelne Unternehmer sieht sehr klar ben Borteil, den er hal, wenn er weniger Lohn zahlt, boch sicht er nicht so klar den Nachteil, den er erleidet, wenn die Einkommen seiner Kunden sinken. Wie es einem jeden Unternehmer vorteilhaft ist, wenn alle Waren billig sind, mit Ausnahme derer, die er verkauft, gerade so ist es ein Vorteil für ihn, wenn die Löhne und andere Kostenelemente der Produktion hoch sind, wit Ausnahme jener, die er felbst zu zahlen hat. Rührt boch die Nachfrage nach feinen Produtten von den Einkommen her, die von anderen Produzenten in Form von Löhnen und anderen Produktionskosten gezahlt merden."

Betreffs der Ausfuhr stellt das Gutachten sest:

"Die Unternehmer würden von einer folden Rostensenkung, die das Einkommen ihrer Kunden nicht schmaleri, offenbar einen Vorteil haben, und ebenso von einer Rostensenkung, die ihnen neue Runden verschaffen kann. Der erste Fall trifft für Unternehmer zu, die Waren für die Aussuhr herstellen, die zweite für Internehmer. beren Waren, waren fie billiger, an die Stelle von gur Zeit eingeführten Waren treten könnten. Das aber sett voraus, daß die Kostensenkung in dem einen Land nicht gefolgt ist von einer entsprechenden Kostensenkung ber ausländischen Konkurrenten. Denn ebenso wie dem inländischen Unternehmer die Kostensenkung im inneren Berkehr mur dann nützt, wenn nur seine Kosten und nickt auch die der anderen sinken, ebenso forbert die Rostensenkung die Ausfuhr nur dann, wenn sie auf ein Land beschränkt bleibt und nicht in der ganzen Welt durchgeführt wird."

Das Gutachten gibt bann der Ueberzeugung Ausbruck, daß die Bekampfung der Arbeitslosigkeit mit geringen Lohnsenkungen keine Aussicht auf Erfolg bietet. Burde man aber versuchen, der Arbeitslosigkeit burch gewaltige Lohnfenkungen — das Gutachten rebet davon, daß zur wirklichen Steigerung ter Konkurrenzfähigkeit auf bem Weltmarkt Lohnsenkungen in Höhe von 20 bis 30 Prozent oder noch mehr erforderlich wären — so bedeutele eine solche Lohnsenkung das soziale Chaos und würde aukerdem das Wirtschaftsleben außerordentlich ungünstig beeinflussen. Deshalb heißt es im Gutachten: "Wir können nicht behaupten, daß ein 3wang für die Sentung ber Produktionskosten unter allen Umständen vermieden werden fann. Jedoch möchten wir die großen Schwierigkeiten einer solchen Wirtschaftspolitik betonen, und unserem Imeifel Ausdruck geben, daß Genkung der Löhne und Gehalter die richlige Methode ber Belampfung ber gegemvärtigen Wirtschaftskrise sei. Es ist nämlich schwer zu denken, daß eine starke Steigerung der Ausfuhr anders erfolgen kann als durch Belebung der Nachstage in der Wellwirtschaft". Daher fordert das Gutachten die Berfolgung einer Wirtschaftspolitik, die darauf gerichtet ist, die vorhandene Kaustraft sowohl im In- wie im Auslande in die richtigen Kanäle zu leiten.

Des weiteren werben in bem Gulachten berechtigte Iweifel laut, ob die gemachten Anregungen einen Erfolg haben werben, man befürchtet vielmehr, daß je länger die Rrife andauert, die Wahrscheinlickeil wächst, daß die Bänder — ein Land nach dem anderen — in eine wilde Welle bes Lohnbruck hineingeraten werben. Das wäre fo heißt es wörtlich im Bericht - "ein Rezeut ber Kopflosigkeit, vor allen Dingen für Schuldnerländer, ba allgemeiner Lohndruck niemand helfen und nur die Folge haben kann, daß die Last ber Schuldnerländer außerorbentlich verschärft wird. In bieser internationalen Jago nach Sentung der Produktionskoften kann das Land, das einen jeweiligen Vorsprung erreicht, die anderen eine zeitlang unterbieten. Diese muffen bann unter Strafe bes Unterganges bem Beispiel folgen. Nichtsbestoweniger follen wir ein Borgehen, das bem allgemeinen Interesse so stark widerstrebt, micht bestürworten und von denen, die diese Politik verlreten, abrilden."

In Berfolg dieses Gedankens kommt weiter zum Ausdruck, sollte sich aus dieser Unvernunft ein Iwang zur Senkung der Produktionskosten ergeben, so wäre es völlig unverankwortlich, diese Last allein den Lohnund Gehaltsempfängern aufzubürden. Mitsen die Einkommen zurückgehen, so sollen an der Drosselung der Einkommen sämtliche Arten des Einkommens gleichmäßig beteiligt werden.

Diese Gebankengänge follte sich in erster Linte ber neue Mirtschaftsbeirat zu eigen machen, auch die Reichstegierung tann an benselben nicht achlos vorbeigeben. Was für England gilt, kommt auch für Deutschland in Frage. Mit Necht hebt bas Gutachten die Gefahren einer Lohnsenkung bei Schuldnerländern besonders hervor. Deutschland steht zur Zeit wieder im Zeichen bes Lohnabbaues, die Lohntarife in sämtlichen Berufen sinb weds Lohnsentung gekündigt, bei den Schlichtungsausichuissen herricht wieder Hochkonjunktur. Die Reichstegierung hat zwar erklärt einer weiteren Lohnsenkung nicht mehr Raum zu geben, tropbem läßt sie das zu, daß die amtlichen Schlichtungsstellen die Löhne der Reichsarbeiter um 41/2 Prozent senten. Das hat naturgemäß aur Folge, daß auch die Unternehmer der Privatbetriebe einen weiteren Lohnabbau forbern. Diesem Treiben muß auf dem schnellsten Wege mit aller Entschiedenheit Einhalt geboten werden. Das Reichsarbeitsministerium muß sich darüber klar sein, daß so die Geschichte nicht mehr weiter laufen kann. Die Erfahrung hat gelehrt, daß burch die Senkung der Löhne und Gehalter, sich die Rauffrast ständig vermindert, die Absamöglichkeiten immer geringer geworden find. Mit der Intereffentenpolitit ber Unternehmer muß endgültig aufgeräumt werben. Das Gesamtinieresse des deutschen Boltes fordert gebieterisch die Gesundung der Wirtschaft. Dies kann nur durch erhöhte Rauffraft, aber niemals durch Sentung ber Löhne und Gehälter erfolgen.

## Der Wirtschaftsbeirat der Reichstegierung.

Amtlich wird mitgeteilt, daß der Neichspräsident auf Borschlag der Neichsregierung solgende Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats ernannt hat:

Dr. Ernst von Borsig, Fabrikbesther in Berlin-Tegel, Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Reichskanzler a. D. Dr. Euno, Hapag-Hamburg, Sewerkschaftssekrelär Wilhelm Eggert, Berlin, Sewerkschaftssührer Peter Grahmann, Berlin, Maurer- und Zimmermeister Robert Groß, Königsberg,

Tr. Bernhard Grund, Präsident der Handelskammer Breslau,

Raufmann Dr. Albert Hackelsberger, Deflingen in Baden,

Papiersabritant Georg Haindl, Augsburg,

Wagenbaumeister Wilhelm Hecker, Präsident der Handwerkskammer Düsseidorf,

Gutsbesitzer Dr. Holtmeier, Lienen, Kreis Tecklenburg/Westsalen,

Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Josef Jahn, Berlin,

Kaufmann Louis Körner, Berlin,

Rittergutsbesitzer von Oppen, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg,

Bernhard Otle, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin,

Bankdirektor Dr. Robert Pserdmenges, Köln, Bäckermeister Ernst Pflugmacher, Magdeburg, Direktor der Commerz= und Privatbank Friedrich Reinhart, Charlottenburg.

Max Rössiger, Borstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin-Zehlendorf,

Dr. Schmitt, Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Berein A.-G., Berlin,

Dr. Hermann Schmitz, Borstandsmitglied der IG.-Farbenindustrie A.-G. Berlin,

Dr. Paul Silberberg, Köln,

Otio Suhr, Borstandsmitglied des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Berlin,

Seneraidirektor Dr. Albert Bögker, Doximund, Fabrikdireider Willy Wille Dresden.

Ter Reichspräsident hat gleichzeitig mit der Ernennung die Mitglieder zu der ersten gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsbeirats und der Reichsregierung, an der auch Reichsbankpräsident Dr. Luther und Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, teilnehmen werden, auf Donnerstag, den 29. Oktober, vormittags 11 Uhr, in sein Haus eingeladen. Diese Erössnungssitzung hat unter dem Borsitz des Reichspräsidenten stattgesunden.

Nach dem Brieswechsel des Reichstanzlers mit dem Reichspräsidenten soll der jetzt ernannte Wirtschaftsbeirat zur Lösung lebenswichtiger Fragen in der Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik gelangen. Nach der Auffassung der Reichsregierung sind
alle Kreise durch Persönlichkeiten vertreten, die Gewähr
dasür bieten, "daß neben den großen gemeinsamen Interessen der einzelnen Berufsstände und Wirtschaftsgebiete gleichwertig und mit gleichem Nachbruck vertreten
werden."

Das Ergebnis, zu dem die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats gelangen, wird entscheidend davon abhängen, in welchem Geiste die Neichsregierung selbst die Vershandlungen leiten und beeinflussen wird. Lebhafte Beschenken steigen dei der Zusammensehung des Ausschusses auf. Die in der Reichsversassung vorgesehene Parität ist in keiner Weise gewahrt worden. Sechs Vertretern von Arbeitern und Angestellten stehen nicht weniger als 19 Vertreter der Unternehmer gegenüber, die überwiegend der Großindustrie und Großlandwirtschaft angehören.

Aber auch in anderer Beziehung liegen berechligte Bebenken vor.

Die "Kölnische Zeitung" veröffentlichte einen Artikel über den Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung, in dem u. a. folgender Passus enthalten war:

"Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats werden ihren Höhepunkt an dem Tage erreichen, an dem über zählreiche Tarisverträge und damit über die Arbeitsbeschingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entscheidung fällt. Herrscht im Wirtschaftsbeirat auf allen Seiten ernster Verständigungswille, so werden die erzielten Ergebnisse sofort in praktische Tarisverträge eingebaut werden können".

Die gewerkschaftlichen Spikenverbände aller Richtungen veröffentlichen dazu folgende gemeinsame Erkärung:

"In der "Kölnischen Jeitung" und auch in anderen Blättern befinden sich Mitteilungen über den voraussichtlichen Inhalt der bevorstehenden Berhandlungen des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung, die, falls sie auch nur annähernd zutreffen, nach einmüliger Unsicht der gewerkschaftlichen Spihenverbände die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates ernstlich gefährden müßten. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, daß ihre Mitwirtung an solchen Verhandlungen von der Voraussehung ausgeht, daß Iwed und Aufgabe der Arbeiten des Wirtschaftsbeirates auf den Inhalt der letzten Regierungserklärung im Reichstag beschränkt bleibt."

Reichskanzler Dr. Brüning sagte im Reichstag mit Bezug auf den Wirtschaftsbeirat solgendes:

"Die Neichstegierung, die sich schon in den versgangenen Monaten des Nales hervorragender wirtschaftslicher Sachverständiger bedient hat, hat in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichsträsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen, der der Reichstregierung in den wechselvollen Entwicklungen der Krise zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses Programm hat als erste Voraussehung die Ausrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden dars."

Der Reichskanzler hat also als Beratungsgegenstände genannt ein Wirtschaftsprogramm und die Sidzerung der Währung, die sür jenes die Boraussehung sei. Tie Unternehmer kennen kein anderes "Wirtschaftsprogramm" als den Albau der Löhne, Gehälter und Tarisverträge. Die Reichsregierung wird deshalb gut daran tun, sosort klar und unmisverständlich bekanntzugeben, ob sie die Lohn- und Tarisfragen zu den Ausgaben des Wirtschaftsbeirates zählt. Eine derartige Erklärung ist wohl in Aussicht gestellt worden, bisher sedoch nicht ersolgt.

#### Gewerkschaften beim Wirtschaftsminister.

Der Neichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hatte die Bertreter der gewerkschaftlichen Spigenverbände zu sich gebeten, um sich ihnen vorzustellen und mit ihnen perstönlich Fühlung zu nehmen. Für den Allgemeinen Deutsschen Gewerkschaftsbund waren seine Vorsigenden Leipart und Eggert erschienen, sür den Allgemeinen steien Angesstelltenbund Stähr und Suhr, sür die christlichen Geswerkschaften Otte und Jahn, sür den Gewerkschaftsring Schneider, Lemmer und Neustedt.

Bei dieser ersten persönlichen Fühlungnahme wurden eine Reihe Fragen angeschnitten, so besonders die Preiszgestaltung der Lebensmittel, die Notwendigkeit, mit dem Lohnabbau endlich Schluß zu machen und schließlich die anparitätische Jusammensetzung des Wirtschaftsbeirats und dessen Programm.

## Die Cohnbewegung im holjgewerbe.

Nachdem die zentralen Berhandlungen im Holzgewerbe zerschlagen, hat man schlecht und recht versucht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen bezirklich bezw. örtlich

zu regeln. Im Arbeitgeberlager gab es Heißsporne genug, die da glaubten in der Zett der großen Arbeitslosigkeit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen einfach dittieren ju konnen. Es fetzte wieder eine Beit ber Ropflofigkeit, bes Durcheinander ein, einzelne Bezirksverbande lösten sich vom Arbeitgeberverband los, so in erster Linie bie Bezirke Schiesien und Wurttemberg, angeblich war hier die tarifliche Regelung der Kostgeldsäße für die Lehrlinge der größte Anstoß. Merkwürdigerweise war Wilrttemberg wieder ber erfte Begirt, der mit ben Arbeitnehmern ein Abkommen traf, wonach der alte Mantelvertrag, einschließlich ber Lehrlingsbestimmungen bis jum 15. Februar 1932 verlängert und auch ein Lohnabkommen getroffen wurde. Im Frühjahr 1931 wurde dann ber Spigenlohn für Württemberg auf 113 Pfg. festgesett. Dies Lohnabkommen wurde feitens der Arbeitgeber geklindigt und der Schlichtungsausschuß setzte den Lohn auf 107 Pfennig fest. Dies war in einer Zeit, in ber die Arbeitnehmer bereit und gewillt waren, den weiteren Lohnabbau mit allen Mitteln abzuwehren. Derfelbe lag offenbar in der Linie des Reichsarbeitsministeriums, benn nur so ist es zu verstehen, daß dasselbe ben Schiedsfpruch für verbindlich erflärte. Den Arbeitgebern von Württemberg ist offenbar ber Lohn noch zu hoch, denn sie haben auch dies Lohnabkommen bereits wieder zum 30. 11. 1931 gekündigt.

Auch in den andern Bezirken ist man nicht unlätig gewesen. In der Berliner Holzindustrie besteht nach wie vor ein tarifloser Justand. Dagegen ist für Bayern der Mantelvertrag dis zum 15. 2. 1932 verlängert. Ein Schiedsspruch hat den Lohn für München auf 109 Pfg., für Nürnderg auf 104 Pfg. sestgesetzt. Diese Löhne sollen dis zum 31. 1. 1932 gelten.

Im Bezirk Bergifches Cand tst es bisher zu einer vertraglichen Regelung nicht gekommen.

Für den Bezirk Brandenburg gilt der alte Mantelvertrag bis zum 29. 2. 1932. Das letzte Lohnabkommen ist seitens der Arbeilgeber gekündigt, zur Erneuerung ist es, troh wiederholter Verhandlungen bisher nicht gekommen.

Dasselbe gilt für ben Bezirk Bremen, ber alte Mantelvertrag läuft hier bis zum 15. 2. 32.

In Breslau ist es zu einer neuen vertraglichen Re-

Für Düsselderf ist ein Schiedsspruch mit einem Spigenlohn von 113 Pfg. und einer Laufdauer bis zum 31. 12. 1931 gefällt worden, der von den Arbeitgebern abgelehnt worden ist.

Für Halle gilt der alte Mantelvertrag bis zum 15. 2. 1932. Ein Lohnabkommen, mit einem Spikenslohn von 102 Pfg. hat Geltung bis zum 31. 1. 32.

Auch für Hamburg gilt der alte Mantelvertrag bis 15. 2. 32. Denselben Ablaufstermin hat das Lohnabkommen mit einem Spisensohn von 116 Pfg.

Aehnlich sind die Verhältnisse im Bezirk Hessen-Nassau gelagert. Der alse Mantelvertrag gilt bis zum 15. 2. 32, das Lohnabkommen mit einem Spizenlohn von 113 Pfg. dis zum 31. 12. 1931.

Dasselbe gilt für den Bezirk Kassel. Dort gilt der alte Manielvertrag bis zum 15. 2. 32, das Lohnabstommen mit einem Spizenlohn von 110 Pfg. bis zum 31. 1. 32.

Für Köln gilt der alte Mantelvertrag bis auf weiteres, das Lohnabkommen mit einem Spigenlohn von 115 Pfg. bis zum 31. 12. 31.

Die Bezirke Lippe-Detmold und Freistaat Sachsen sind nach wie vor vertragslos, doch schwebt dort ein Schlichtungsversahren.

Für den Bezirk Schleswig-Holstein gilt der alte Mantelvectrag dis zum 15. 2. 32, ein Lohnabkommen mit einem Spizenlohn von 103 Pfg. soll denselben Ab-laufstermin haben.

Mannheim ist zurzeit vertragslos.

Für Baben beträgt der Spikenlohn bis zum 31. 1. 32 106 Pfg.

Bezirk Rheinpfalz ift tariflos.

Dasfelbe gilt für das öftliche Westfalen.

Für Medlenburg läuft ber alte Mantelvertrag weiter, das Lohnabkommen mit einem Spikenlohn von 97 Pfg. gilt bis zum 31. 1. 32.

In Rheinland-Westsalen, eins der wichtigsten Bezirke läuft der alte Mantelvertrag weiter. Hier rächt sich bitter die Lohnpolitik des Reichsarbeitsministeriums. Alls seinerzeit die Allgemeinverdindlichkeit des Schiedsspruches beantragt wurde, glaubte das Reichsarbeitszwinissterium, dieselbe aussprechen zu dürsen, während man mit der Berbindlichkeitserklärung sür Württemberg gegen den Willen der Arbeitnehmer große Eile hatte. Die Folge davon ist, daß die Arbeitgeber auch den letzten Schiedsspruch, der einen Spitzenlohn von 106 Pfg. und Geltung bis zum 31. 1. 1932 haben soll, ebenfalls abgelehnt haben.

Für das Rheingebiet ist ein Schiedsspruch gesällt worden, der eine Lohnsenkung von 5 Pfg. von 111 Pfg. auf 106 Pfg. vorsieht. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch, wegen angeblich zu geringer Lohnsenkung abgelehnt. Die von den Arbeitnehmerverbänden beantragte Verbindlichkeitserklärung ist seitens des Reichstarbeitsministeriums ebenfalls abgelehnt worden.

#### Ditpreußen:

Der von dem tariflichen Lohnamt für das ostpreuhische Holzgewerbe (Möbelindustrie und Tischlereien) am 21. 10. gefällte Schiedsspruch, ist von beiden Parteien (Arbeitgeber wie Arbeitnehmer) angenommen worden.

Bom 23. Oktober 1931 ab betragen somit die tas rislichen Durchschnittslöhne

in Ortsklaffe		11	Ш	IV	V	
Facarbeiter:						
über 22 Jahre	97	93	85	81	76	Pfg.
20-22	87	81	76	73	68	יו
18-20 "	78	73	69	65	61	*
16-18 "	53	49	47	44	41	n
Hilfsarbeiter:						
über 22 Jahre	82	77	73	69	65	**
20-22 ,	74	69	65	61	58	"
18-20 "	66	62	59	55	52	"
16—18 "	45	42	40	37	35	 W
Facarbeiterinnen:						
über 22 Jahre	68	63	60	57	53	"
20-22 "	61	57	53	50	48	,,
18 - 20 ,	55	51	48	46	43	ย
16-18 "	37	34	33	31	29	"
Hilfsarbeiterinnen:						
über 22 Jahre	57	54	50	48	46	,,
20-22 "	51	48	46	43	41	"
18-20 "	46	43	41	39	36	"
16-18 "	32	30	28	26	25	n
	S 2					

In den Fällen, wo seither ein höherer als der tarisliche Turchschnittslohn bezahlt worden ist, bleibt die Spanne zwischen diesem und dem tatsächlich gezahlten Lohn bestehen. Die seitherigen Aktorbsähe ermäßigen sich um den Betrag, der sich aus der Disserenz zwischen dem alten und neuen Turchschnittslohn ergibt.

§ 3.

Die Zuschläge für Montagearbeiten betragen:

a) sür Arbeitsverrichtungen am Orte, die länger als 4 Stunden in Anspruch nehmen, 6 Pfg. pro Stunde.

b) für Arbeitsverrichtungen in Nachbarorten, von denen die tägliche Rückfahrt möglich ist, 9 Pfg. pro Stunde, neben freier Bahnsahrt.

c) für Arbeitsverrichtungen außerhalb des Ortes, die ein llebernachten bedingen, wird neben dem Ortszuschlag und freier Bahnsahrt ein Zuschlag von 4,— Mf. pro Tag gezahlt.

Wird freie Kost und Unterkunst in angemessener Form gewährt, so ist nur der unter a) sestgesetzte Ortszuschlag zu zahlen.

§ 4.

Diese Lohnregelung soll sür die Zeit bis zum 31. Desember 1931 gelten und bis zum 31. März 1932 fortslaufen, sosern sie nicht bis zum 15. Dezember 1931 gestindigt wird. —

## Um die Cohnpfändungsgrenje!

Ter Gewerkschaftsring hat gegen die Bestrebungen, die Lohnvändungsgrenze von KN. 195,— auf KM. 150,— monatlich heradzusezen, beim Sozialpolitischen Aussschuß des Reichstages Berwahrung eingelegt.

#### Aus den Orisvereinen,

Schweidnig. (Ortsverbandsversammlung.) Der hiesige Ortsverband hielt am 25. 10. eine gut besuchte Bersamm= ung ab, die vom Vorsitzenden Beerendorf geleitet wurde. Nach Begrüßung der Bersammlungsteilnehmer nahm Kollege Bezirksleiter Stocklinger-Breslau das Wort zu seinem Bortrag: "Die Gewerkvereine und die Wirtschaftskrije." Er schilderte die Urjache der Wirtschaftskrise, die nicht nur aus den Revarationszahlungen, sondern auch durch liebercationalisierungen, Kavitalsehlleitungen und Luiblähung des Berwalnungsarparates entitanden seien und gab die Forderungen bekannt, die die deutschen Gewerkvereine an die Reichsregierung gestellt hatten, um die Wirtschaftskrise zu lindern: Kontrolle der Industrie= konzerne, ebenso der Banken, Auflockerung der Preissindungen der Kartelle, das sind die dringenditen Mufgaben der Gegenwart. Redner ging dann im Zusammen= hang auf die Ungriffe der Unternehmer ein, die jest ihre Zeit als gekommen erachteren, um nicht nur die Löhne und Gehälter, sondern auch die gesamte Sozialversickerung abzudauen. Unfere Srizenorganisation hat im Berein mit den freien und driftlichen Erigenorganisationen in einer wirfungsvoilen gemeinsamen Erkarung der Reichstegierung flat zum kusdruck gebracht, daß alle organisierten Gewerkschaftler diesem reaktionaren Treiben schärsten Wideritand entgezeniehen. Wenn alle Gewerkvereinstollegen men zu ihrer Organisation standen, dann würde auch Riefer Sturm vorübergeben. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für feine Musführungen. In der lebheiten Aussprache gelooten die Anwesenden, mit verdutuelle untaft für die Ideen der Gewerkbereine zu werben, demit der Weg zum jogielen Auffrieg frei wird.

Weisenhorn. Der Gewerkverein der Holzarbeiter Temichunds, Orisverein Weisenhorn, hielt am Jountag, dem 4. Tieder 1808, nach ningen 3 lihr im Zaale des "Lamm" in Weißenhorn eine sehr gut besuchte Versammlung ab, zu der auch ganz besonders die Arbeitslosen eingeladen waren.

Vorsikender Kollege Rueh eröffnet die Versammlung mit der Begrüßung der erschienenen Bertreter, sowie fämilicher anwesender Kollegen und gibt folgende Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftliches. 2. Bericht von den Tarisverhandlungen für die bayerische Sägeindustrie. 3. Vortrag bes Bezirksleiters Kollegen Klopfer-Ulm mit bem Thema: "Die Aenderungen in der Arbeitslosenversicherung und Verordnung über Kurzarbeiter-Unterstützung vom 27. 8. 1931". 4. Wirtschaftskrife und Finangkrise. Nach Erledigung bes geschäftlichen Teiles gab Kollege Klovfer einen Bericht über die Tarisverhandlungen für das bayerische Sägegewerbe. Trop langer Berhandlungen war es nicht möglich, eine Ginigung zu erlangen, da die Arbeilgeber in ihrem Vertragsentwurf Forderungen stellten, die, in Bezug auf Berschlechterung, alles Bisherige Abersteigen. Ferien follten bie Sagearbeiter überhaupt nicht mehr erhalten und die Arbeitszeit sollte bis zu 56 Stunden in der Woche ausgedehnt werden können, ein Verlangen, das bei den heutigen Beitverhältnissen mit 4 Millionen Arbeitslosen überhaupt nicht mehr erörtert werden follte, zumal die noch in Arbeit stehenden fast alle verkurzt arbeiten, teilweise sogar wur 24 Stunden in der Woche. Da unter diesen Umständen eine Einigung nicht erreicht werden konnte, wurde die Streitfrage ber Schlichterkammer zur Entscheidung fiberwiesen, die unterm 1. Oftober einen Schiedsspruch fällte. Der durch Schiedsspruch geschaffene Berirag bringt uns in verschiedenen Punkten eine Berschlichterung, lehnt sich aber im übrigen an ben alten Mantelvertrag an. Die Erklärungsfrist läuft bis 14. Oktober. In der folgenden Aussprache übien die Kollegen scharfe Kritik an den Forberungen der Arbeitgeber und an den Berschlechterungen, die der Schiedsspruch im neuen Bertrag bringt. Die Versammlung stellte sich einmütig hinter die vom Gewerkschaftsring, als unserer Spikenorganisation, eingeleitete Magnahme und verlangt, daß alles unternommen wird. um die geplanten Verschlechterungen im Tarif- und Schlichtungswesen hintanzuhalten.

Hierauf erläufert Kollege Klopfer die vorgenommenen Alenderungen in der Alrbeitslosenversicherung und die neue Berordnung über die Kurzarbeiterunterstützung vom 27. 8. 31. Durch Beschluß, des Präsidenten der Reichsanstall sür AVABS. wurde die Bezugsbauer ber Arbeitslofenunterstützung für die Zeit ab 5. Oftober 1931 bis 31, März 1932 von 26 auf 20 Wochen, und für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen herabgesetzt. Jum Ausgleich hierfür wird die Bezugsbauer in der Krisenunterstützung um 6 Wochen verlängert. In ber Krisenunierstützung sind die Sätze allerdings bedeutend niedriger, worunter die Arbeitslosen zweifellos fehr zu leiden haben. Nicht genug damit, daß die Unterstützungs= sätze schon sehr stark gekürzi wurden, muß auch noch die Bezugsdauer merklich herabgesetzt werden. Auch in ber Kurgarbeilerunterstügung wurde eine ftarte Aenderung in der höhe der Unterstügungsfätze vorgenommen. Wenn auch bei den Ledigen und Alleinstehenden die Säge etwas erhöhl wurden, umsomehr wurden sie bei den Zuschlagsempfängern gefürzi und dazu der Höchstiat, der Buschläge von 6 auf 4 Zuschlagsempfänger herabgesetzt. Bei den immer wieder vorgenommenen Aenderungen und Rürzungen ber Renten, Unterstützungen und Ginkommen ber unteren Bolksschichten muß erneut die Frage aufgeworsen werden; wann wird endlich an die hohen und höchsten Gehälter und Pensionen in Staat und Wirtichaft herangegangen und ein merklicher Abbau durchgeführi?

Auch über diesen Punkt sehte eine sehr lebhafte Debatte ein und brachte die Bersammlung allgemein zum Ausdruck, daß die Grenze des Erträglichen bereits überschritten sei, und mit den Abbaumaßnahmen endlich einmal Halt gemacht werden muß, wenn nicht große Teile des Bolkes körperlich uns seelisch zu Grunde gerichtet werden sollen.

Bezirksleiter Kollege Klopfer reseriert dann über: "Wirtschaftskrise und Finanzkrise". Wie unhaltbar die Forderung der Arbeilgeber ist, zur Ankurbelung ber Wirtichaft und Behebung der Arbeitslosigfeit den Lohnabbau durchzusühren, beweist schon allein die Talsache, daß irog, vorgenommenen erheblichen Lohnabbau die Wirtichaft noch mehr zurückgegangen und die Arbeitslosenziffer gang bedeutend gestiegen ift. Nicht genug an dieser bitteren Tatiache ist der Kamps der Arbeitgeber gegen Tarisverträge und Schlichtungswesen erneut entbrannt unter der Parole: "Aufloderung der starren Lohnbildungen durch Tarisverträge und Schlichtungswesen". Es ist vollkommen falich und irreführend, wenn von einem "starren Enstem" und "fehlender Glaftigitat" der Tarifvertrage gestrochen wird, denn das Lohnspstem ist nicht start. Die Teriflohne find nur Mindestlohne und diese find wiederum auf Altersklaffen und Berufsgruppen abgestuft. desgleichen sind die Tarisverträge auf einzelne Beruse und Wirtichaftsgebiete, sowie Orisklassen abgestust und enthatten zudem Bestimmungen, die, unter gewissen Borausiehungen, Abweichungen zulassen. Wenn dem Bertangen der Arbeitgeber Rechnung getragen würde, so würde dedurch die ichon sehr stark geschwächte Kaufkraft noch mehr geschwächt und dadurch wiederum die Krise vericharft. Rach Edagungen des Instituts für Konjunkturforschung hat der Ausfall an Einkommen aus

Lohn und Sehali im ersten Halbjahr 1931 bereits 3 Milliarden Reichsmark gegenstber der gleichen Zeit bes Borjahres beiragen, was sweifellos zur Berfchärfung ber Krise beitrug. Trots dieser Tatsache erheben bie Arbeilgeber erneut die Forberung auf Lohnabbau und Aufloderung ber Tarifberirage. Gine Ginfdnankung ber Unabbingbarkeit der Tarifverträge würde den Arbeitgebern Tür und Tor öffnen zu weilerem Lohnabbau. und bei dem blinden Witten vieler Arbeitgeber würden die Löhne für die noch beschäftigten Arbeiter balb auf bas Niveau der Arbeitslosenunterstützung herabgebriidt sein. Umler bem Drud ber gegenwärtigen Arbeitslofigkeit wären die Belegschaften einfach der Willkur ber Unternehmer ausgeliefert. Die berechtigte Forberung ber Arbeitnehmer auf Erhaltung des Schlichtungswesens und der Unabbingbarteil der Tarifvertnäge barf von ber Regierung keineswegs migverstanden werden und ungehört verhallen.

Bu all diesem Uebel kam noch der Abzug von Milliarben kurzfristiger Austandskrebite (bie noch ein weis teres zur Berschärfung ber Krise beitrugen) und bie Unmöglichkeit neue langfristige Krebite aufzunehmen. Wenn das Hoover-Feierjahr nicht wäre, so müßten wir jest wirklich aus uns felbst heraus die Reparationen bezahlen, bedingt burch den Kapitalabzug. Wenn es nicht gelingt, bas fogenannte Stillhalteabkommen von Bafel, bas bekanntlich sechs Monate läuft, weiter zu verlängern, ober durch langfristige Kredite abzulösen, fo mahnt uns ber erfte Abzug baran, bag uns ber gleiche Schlag in sechs Monaten noch einmal treffen kann. In engem Zusammenhang mit der Ueberwindung ber Krise muß auch eine Lösung der Reparationszahlungen erfolgen. Nach ausgiebiger lebhafter Debatte und ber Beantwortung der gestellten Fragen burch ben Referenten, kann Borfigenber Kollege Rueß, mit dem Appell an die Kollegen zu rühriger treuer Mitarbeit, die aufklärende Versammlung schließen.

**G.** R.

#### Sprechmaschinen-Laufwerke Schalldosen, Metalltonführungen usw. zum Einbauen, verl. Sie Preisliste und Einbauanweisung.

M. Bopp, Hanau a. Main, Huitenstraße 3.

## Vinttliche Beitragszahlung ist dringende Bslicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 7.—13. Nov. ist die 45. Woche fällig Für die Woche vom 14.—20. Nov. ist die 46. Woche fällig Für die Woche vom 21.—27. Nov. ist die 47. Woche fällig

Unferem langjährigen Kollegen Paul Huhn nebst seiner Gemahlin zu ihrer

Silber-Hochten Glück- und Segenswünsche.

Der Vorstand und die Kollegen des Ortsvereins Elbing.



## Einheitliche Bereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit ausmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In dersselben Ausmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manscheitenknöpse angesertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Jahl 25 in der Spize für 2,50 Mk das Stück vom Hauptbilro zu beziehen.

# Ist Dein Arbeitskollege organisiert

Gib ihm die Zeitung, kläre ihn auf und erziehe ihn zu einem Mitkämpfer in unserem

Gewerkverein der Holzarbeiter.